

Seelow/Bad Freienwalde (A 7591)
Montag,
4. Februar 2008

Auf Land rollt Kostenlawine zu

Skandal um enteignete Bodenreform-Grundstücke weitet sich aus / Auch Verfahren wegen Untreue möglich

Potsdam (dpa) Die unrechtmäßige Aneignung von Bodenreformland durch das Land Brandenburg wird voraussichtlich den Landtag beschäftigen und belastet inzwischen auch die SPD/CDU-Koalition. Die Linksfraktion sieht auf das Land unabsehbare Schadensersatzansprüche zukommen. Als „e-

nen ersten Schritt zur Klärung“ werde ihre Fraktion eine Sondersitzung des Haushaltsausschusses beantragen, kündigte die Linke-Fraktionschefin Kerstin Kaiser am Wochenende an. Darüber hinaus werde Finanzminister Rainer Speer (SPD) heute einen „ausführlichen Fragenkatalog“ erhalten.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Thomas Lunacek, widersprach Medienberichten, wonach seine Partei die Einberufung eines Untersuchungsausschusses im Parlament erwäge. „Die Frage stellt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht“, sagte er gestern. Zunächst einmal sollten möglichst alle Fragen in den zuständigen Ausschüssen und eventuell auch in den Fraktionen beantwortet

werden. Hier stehe das Finanzministerium in der Pflicht.

Zu einem Bericht des „Tagespiegel“ vom Sonntag, wonach die Angelegenheit mittlerweile die SPD/CDU-Koalition belastete, bemerkte Lunacek: „Es gibt Verärgerung und Unverständnis, wie es dazu kommen konnte.“

Im Justizbereich könnte dem Land derweil ein Ermittlungsverfahren wegen Untreue drohen. Dies werde gegenwärtig

geprüft, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Potsdam. Demzufolge wären Konsequenzen „bis in die Ministerialbürokratie und die Regierung“ denkbar.

Bei der Staatsanwaltschaft läuft nach deren Angaben schon länger ein Strafverfahren zum Verdacht der Untreue gegen Unbekannt. Auslöser sei eine vor etwa 16 Monaten eingegangene Anzeige, sagte ein Sprecher.

Ob in Brandenburg weitere Verfahren anhängig sind, wisse er nicht.

In der vergangenen Woche hatte der Bundesgerichtshof (BGH) dem Land Brandenburg ein sittenwidriges Vorgehen vorgeworfen, das „an die Praxis der Verwalterbestellung der DDR“ erinnere. Das Land hatte in rund 10000 Fällen Ansprüche gegen angeblich unbekannte Erben von Bodenreformland

durchgesetzt. In etwa 9000 dieser Fälle steht es inzwischen als Eigentümer im Grundbuch. Am Freitag hatte Finanzminister Rainer Speer (SPD) darauf hingewiesen, dass die Übernahmepraxis bei Bodenreformland bereits 1996 mit dem Kabinett abgestimmt gewesen sei. Bei den rund 1000 noch laufenden Verfahren will das Land nun seine Anträge auf Eintragung ins Grundbuch zurückziehen.